Potsdams andere Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

April 2021 Nr. 4 · 17. Jahrgang

Gemeinsam das Land verändern

Seit Sonnabend, 27.02.2021 hat DIE LINKE eine neue Parteispitze – Janine Wissler und Susanne Henning-Wellsow. Das ist jetzt schon gewissermaßen ein „historisches" Datum: noch nie wurde eine Partei von zwei Frauen geführt. In einer Mail wenden sich die Co-Vorsitzenden an die Mitglieder der Partei DIE LINKE.



Liebe Genossinnen und Genossen,
wir sind angetreten um das Land zu verändern. Wir wollen zusammen für einen Politikwechsel kämpfen, der allen Menschen ein gutes und sicheres Leben garantiert. Die Corona-Pandemie zeigt uns jeden Tag aufs Neue, wie ungerecht es hier zugeht. Während für die einen wie die Lufthansa Milliarden in Bewegung gesetzt werden können, bekommen Soloselbständige, Einzelhändler*innen und Kulturschaffende allenfalls Spottbeträge oder warten noch immer auf ihre Hilfen.
Der Bundesparteitag war ein Schritt in eine neue Zeit. Jetzt geht es darum diesen Aufbruch in eine neue Dynamik zu verwandeln. Lasst uns zusammen losgehen und das Land verändern! Darum geht es uns. Wir haben nicht nur einen neuen Parteivorstand gewählt und einen starken Leitantrag verabschiedet, sondern wir haben auch Mut geschöpft. Wir streiten alle für eine Umverteilung des Reichtums von oben nach unten, für bezahlbaren Wohnraum, für ein funktionierendes Gesundheitssystem, für gute Löhne, für Klimagerechtigkeit und eine friedliche Außenpolitik. Wir streiten dafür, dass niemand in diesem Land mehr Angst davor haben muss, anders zu sein. Deswegen gehen wir jetzt zusammen los.
Deshalb wollen wir euch treffen. In diesen Zeiten natürlich digital. Es geht um unsere Pläne, aber auch um eure Wünsche und Ideen.

Mit solidarischen Grüßen –

Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler

Kampf um konsequenten Klimaschutz geht weiter



Norbert Müller, Isabelle Vandre und Roland Gehrmann (vordere Reihe v.r.n.l.) waren auf der Breiten Straße dabei.

Zwar konnte die Bundesrepublik Deutschland das selbstgesteckte Klimaziel für 2020 doch noch erreichen, wie die Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) überraschenderweise Mitte März verkündete. Doch dass das möglich war, lag weitgehend an der Corona-Pandemie. Diese hatte zu einem massiven Rückgang der Produktion und des Verkehrs geführt. Mit dem Ende der Pandemie wird der Ausstoß klimaschädlicher Gase wieder deutlich zunehmen. Die Klimaziele der Bundesregierung sind außerdem viel zu niedrig, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Deswegen gingen am 19. März wieder bundesweit zehntausende Menschen auf die Straße. Sie folgten damit einem Aufruf der Bewegung Fridays for Future. Auch die Potsdamer LINKE beteiligte sich an einer Aktion in der Breiten Straße. Der Bundestagsabgeordnete Norbert Müller (LINKE) machte deutlich: „Für echten Klimaschutz brauchen wir mehr als ein paar kosmetischer Korrekturen. Nur mir der LINKEN wird es den notwendigen grundlegenden Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft geben." Er forderte einen zügigen und sozial abgefederten Ausstieg aus der Kohlestromversorgung, einen flächendeckenden ticketfreien ÖPNV und einen Ausbau des Bahnverkehrs, sowie die Rekommunalisierung der Energieerzeugung.

Konstantin Gräfe

In dieser Ausgabe

LINKS informiert 2
Luxemburg-Liebknecht-Gedenken in Berlin/ Potsdam braucht Schulen für alle

LINKS gewählt 3
Packen wir's gemeinsam an/ Abschied nach fast neun Jahren

LINKS Im Kalender 4
Grundsteinlegung für Sanssouci/ Gedenken an Herbert Ritter und Otto Meier

LINKS Im Rathaus 5
Nachhaltige Stadtentwicklung sieht anders aus/ LINKE steht zur Schule Pappelallee/ Berliner Pilotprojekt Testing für Potsdamer Kultur nutzen/ Mehr Frauen in Gremien

LINKS DIREKT 6 7
Das „nd" bleibt!/ Armut in Deutschland/ Von gläsernen Decken und Männerclubs/ Brandenburg und das Impfen/ Keine Vorratsdatenspeicherung für KfZ-Daten

DIE LETZTE SEITE 8
Fanshop Babelsberg 03/ Willi-Frohwein-Platz in Babelsberg neu/ Themenjahr 2021 für Brandenburgs Kultur/ Drehbuchautor Wolfgang Kohlhaase feierte 90. Geburtstag

Informationen der Redaktion

Die Maiausgabe von „Potsdams anderen Seiten“ erscheint bereits am 29. April 2021. Redaktionsschluss ist daher am 19. April 2021.

Die Redaktion

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Martina Trauth, Roland Gehrmann** Vorsitzende. Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **Layout, Sophie Sumburane,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0176 – 32 79 36 59 (d.); email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG.

Potsdam braucht Schulen für alle!



Wie den Potsdamer Tageszeitungen Mitte März 2021 zu entnehmen war, plant die Verwaltung im neuen Schulentwicklungsplan im Schwerpunkt neue Gymnasien. Das ist eine völlig falsche Weichenstellung, sagt der Kreisvorsitzende der Potsdamer LINKEN, Roland Gehrmann:
„Potsdam hatte mit dem letzten Schulentwicklungsplan von 2014 endlich eine gute Weichenstellung vorgenommen, hin zu einer Schule für alle, mit guten Bildungsangeboten und Chancen für alle Abschlüsse und alle Kinder. Die neuen Gesamtschulen wie das Montessori-Schulzentrum am Stern, die Gesamtschule am Kinder Schloss oder auch die da-Vinci-Gesamtschule an der Biosphäre (Foto) sprechen mit ihrem Erfolg für sich. Aufgrund einer erhöhten Nachfrage nach Gymnasialplätzen hat die Stadt in den letzten Jahren jeweils eine zusätzliche Klasse für die gesamte Stadt eingerichtet. Mit dem neuen Schulentwicklungsplan sind nun zehn zusätzliche Züge an drei Standorten geplant. Das ist ein bildungspolitischer Irrweg, den DIE LINKE nicht unterstützen wird. Dadurch würde das selektive Schulsystem gestärkt, anstatt den eingeschlagenen Weg der Chancengleichheit in guten Gesamtschulen weiter zu gehen. Mit der Rückkehr zum Gymnasium als dominante Schulform zur Erlangung des Abiturs, würde das flexible, innovative und wohnortnahe Bildungsangebot in unserer Stadt geschwächt.
LINKE, Grüne und SPD hatten sich im Vorfeld darauf verständigt, neben dem lange geplanten Gymnasium am Schlaatz auch einen weiteren Standort an der Birnenplantage in Neufahrland zu akzeptieren, um der Nachfrage gerecht zu werden. Den Standort an der Pappelallee aber umzuwidmen und eine mögliche sechszügige Gesamtschule für ein vierzügiges Gymnasium aufzugeben, ist in einer wachsenden Stadt falsch und ein völlig verfehltes Zeichen.
Mit diesem Vorschlag der Verwaltung wird eines der zentralen Ziele der Kooperationsvereinbarung in Frage gestellt. Ich erwarte von der SPD, dass sie ihre Position noch einmal deutlich überdenkt. Der Auftrag an unsere Stadtverordneten ist klar: DIE LINKE. wird diesen politisch falschen Weg nicht mittragen.“

Hunderte bei Luxemburg-und-Liebknecht-Gedenken

Erinnerung an die Ermordung im Jahr 1919

Mehrere Hundert Menschen haben am 14. März 2021 in Berlin-Friedrichsfelde der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vor mehr als 100 Jahren gedacht.
Zahlreiche Bundes- und Landespolitiker der LINKEN nahmen an der Erinnerungs- und Trauerveranstaltung an der Gedenkstätte der Sozialisten teil, darunter die Bundesvorsitzende Janine Wissler und Brandenburger Landeschef Sebastian Walter.
DIE LINKE erinnert jedes Jahr rund um den 15. Januar, dem Todestag von Luxemburg und Liebknecht, an die beiden Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands. In diesem Jahr war das Gedenken wegen der Corona-Pandemie verschoben worden. Es wurde nun zwei Monate später nachgeholt. Bei der Veranstaltung galten Maskenpflicht, Abstands- und Hygieneregeln. Ordner sorgten dafür, dass sich nicht zu viele Besucher gleichzeitig unmittelbar an der Gedenkstätte aufhielten. Die Polizei sprach von einigen Hundert Teilnehmern, DIE LINKE von einer vierstelligen Zahl.



Packen wir's gemeinsam an!



Fraktion und Parteispitze gehen gemeinsam ins Super-Wahljahr. Foto: Martin Heinlein, DIE LINKE

„So einen Parteitag habe ich auch noch nicht erlebt“, staunte eine langjährige Genossin am letzten Sonnabend im Februar 2021. Der erste Digital-Parteitag der LINKEN näherte sich da schon dem Ende. Neben der Bühne mit dem Tagungspräsidium witzelten die beiden Travestie-Kabarettist*Innen Inge Borg und Gisela Sommer. Man hatte extra einen Imbisswagen in die Halle gefahren, der den beiden als Bühne diente. Gerade hatten Inge und Gisela „Geschäftsordnungsantrag“ zum Wort des Jahres gekürt. Befreites Gelächter im Saal.

Tatsächlich war die Stimmung unter den Anwesenden sehr gut. Der erste Digital-Parteitag der LINKEN lief weitaus besser, als manche befürchtet hatte. Zwar hakte die Technik zuweilen und auch einige Delegierte hatten Schwierigkeiten mit der Software, doch gelang es der LINKEN, einen echten Parteitag „zu digitalisieren“. Es gab Reden und Gegenreden, Abstimmungen und Wahlen und eben Geschäftsordnungsanträge – alles online.

Leitantrag mit großer Zustimmung

Als Zentrale diente die Berliner STATION, ein ehemaliger Postbahnhof. Hier saßen das Tagespräsidium, die alten und neuen Vorsitzenden sowie viele Mitglieder des Parteivorstands. Die Bilanz der beiden Tage kann sich sehen lassen: Zwei neue Vorsitzende, ein neuer Parteivorstand und ein Leitantrag, der von 85 Prozent aller Delegierten mitgetragen wurde. Unter dem Titel „Wie wir gerecht aus der Krise kommen“ finden sich Forderungen nach einem sozialen und ökologischen Systemwechsel und einer gerechten Umverteilung von Einkommen und Vermögen. Zudem stellt DIE LINKE klar, dass sie sich nicht an einer Regierung beteiligen werde, „die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Kriege führt oder Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt.“ Ein deutliches Signal an jene, die glauben, DIE LINKE würde ihre friedenspolitischen Grundsätze für Rot-Rot-Grün opfern.

Wobei die Wahl im Netz tatsächlich nur ein erster Schritt war. Bereits am Sonntag wurden Briefwahlunterlagen in der Berliner Parteizentrale eingetütet. Zwar wurde das Parteiengesetz im Zuge der Pandemie etwas nachgebessert, sodass Online-Parteitage nun möglich sind. Allerdings darf die Wahl der Parteivorsitzenden nicht online vollzogen erfolgen. Sie muss per Briefwahl bestätigt werden. Dementsprechend war am Sonntag Handarbeit angesagt. Viele freiwillige Helfer*Innen hatten sich aber bereit gefunden und so war die Sache schnell erledigt. Ohnehin wurde der Parteitag ganz erheblich von Freiwilligen getragen. Ob im Twitter-Team, als Putzkraft oder im Technik-Support: Viele Genoss*Innen opferten ihr Wochenende für das Gelingen des digitalen Experiments.

Die Zeit der Grabenkämpfe ist vorbei

Dieser Parteitag hat auch gezeigt, dass die Zeit der heftigen Grabenkämpfe vorbei ist. Oder um es mit den Worten von Bundestagsfraktionschef Dietmar Bartsch zu sagen: „Lasst uns gemeinsam die politischen Gegner in den Fokus nehmen! Lasst uns positiv über unser Spitzenpersonal reden! Packen wir's gemeinsam an!“ Tatsächlich macht sich Aufbruchsstimmung breit. Während die neuen Vorsitzenden ihre Büros im Berliner Karl-Liebknecht-Haus beziehen, formiert sich auch der Parteivorstand neu. Als stellvertretende Parteivorsitzende sitzen Martina Renner, Katina Schubert, Jana Seppelt, Tobias Pflüger, Ali-Al Dailami und Ates Gürpinar nun im erweiterten Parteivorstand. Dort sind auch Bundesschatzmeister Harald Wolf und Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler wieder vertreten. Beide wurden auf dem Parteitag ohne Gegenkandidaturen wiedergewählt.

Weiter gehören zum Parteivorstand: Daphne Weber, Bettina Gutperl, Friederike Benda, Katrin Lompscher, Margit Glasow, Melanie Wery-Sims, Julia Schramm, Simone Luedtke, Birgül Tut, Kerstin Köditz, Sabine Skubsch, Maja Tegeler, Kenja Felger, Antje Behler, Didem Aydurmus, Kerstin Eisenreich, Michaele Sojka, Jan van Aken, Konstantin Gräfe, Dr. Martin Schirdewan, Dr. Axel Troost, Johannes König, Jan Richter, Niema Movassat, Tobias Bank, Frank Tempel, Lorenz Gösta Beutin, Maximilian Becker, Janis Ehling, Dr. Ilja Seifert, Raul Zelik, Stefan Hartmann, Thies Gleiss und Wulf Gallert.

Fabian Lambeck

Vorstand der Partei DIE LINKE per Briefwahl bestätigt

Am 10. März 2021 lief die Frist für die Briefwahl zur Bestätigung der Wahl des Vorstandes der Partei DIE LINKE auf dem ersten Online-Bundesparteitag der Partei DIE LINKE am 26. und 27. Februar 2021 aus. Das Ergebnis der Stimmauszählung lautet: Der gewählte Vorstand wurde vollständig und mit großer Mehrheit bestätigt. Damit wird DIE LINKE als einzige Partei im deutschen Bundestag von zwei Frauen geführt. Mehr als die Hälfte der Mitglieder des neuen Parteivorstandes sind neu in diesem Gremium (siehe oben).

Abschied nach fast neun Jahren

Knapp neun Jahre haben Katja Kipping und Bernd Riexinger die Linkspartei geführt – genauer gesagt: satzungsgemäße acht Jahre und acht zusätzliche Corona-Monate. An letzten Februar-Wochenende endete ihre Zeit an der Spitze der Partei.

In seiner Abschiedsrede sagte Bernd Riexinger, er habe 2007 DIE LINKE aus WASG und PDS mitbegründet, um die Gesellschaft nach links zu rücken. Heute sei die Partei links, feministisch, queer, solidarisch – und nun auch ökologisch. Noch immer, und gerade wegen der Pandemie, müsse heftig um soziale Errungenschaften gekämpft werden. „Wir wollen die Große Koalition von links ablösen, aber mit einem wirklichen Politikwechsel.“ Riexinger stellt klar, dass er seiner Partei zutraut, im Bund mitzuregieren. Das bedeute, dass es bei der Ablehnung von Bundeswehreinsätzen im Ausland bleibe. Und dass DIE LINKE zur Treiberin in der Klimapolitik werde. „Die Grünen wollten die Konzerne gewinnen, wir wollen die Beschäftigten gewinnen.“ Zu einem Systemwechsel gehöre auch, Fluchtursachen zu beseitigen und solidarisch mit Ausgegrenzten zu sein, sagte er.

Katja Kipping nutzte ihre letzte Rede als Vorsitzende, ihre Partei zu Offenheit gegenüber einer Regierungsbeteiligung aufzurufen. „Die Zeiten verlangen von uns mehr, als einfach an der Seitenlinie zu stehen und das schlechte Spiel der anderen zu kritisieren“, sagte die 43-Jährige. Die Bedingungen für Grün-Rot-Rot im Bund seien zwar „nicht optimal, aber können wir es uns leisten, auf optimale Bedingungen zu warten?“

Katja Kipping appellierte an ihre Genossen, sich hinter die beiden neuen Vorsitzenden zu stellen. „Statt abzuwarten oder rumzumäkeln, sollten wir uns hinter ihnen versammeln und einen Kurs der politischen Vernunft stärken.“

„Gehen wir auf den Platz, versammeln wir uns hinter zwei Kapitäninnen und greifen wir an.“

1914 – Herbert Ritter geboren



Herbert Ritter wurde am 27. April 1914 in der damaligen Marienstraße 33 (heute Semmelweisstraße) in Nowawes, geboren. Sein Vater war Kutscher, später Kohlearbeiter und seine Mutter Hausfrau. Er war das dritte Kind der Familie. Ritter besuchte die Volksschule. Ritter arbeitete für das Neuendorfer Maschinenbauunternehmen Orenstein & Koppel. 1930 wurde Herbert selbst aktives Mitglied im Kommunistischen Jugendverband im Roten Nowawes.
Am 12. November 1931 kam Herbert Ritter von einer Veranstaltung der Jungkommunisten. Auf dem Heimweg wurde er von Günter Güstrau, einem Mitglied der faschistischen Sturmabteilung (SA), auf dem Friedrich-Kirch-Platz (heutiger Weberplatz) niedergeschossen. Ritter verstarb auf dem Weg ins Krankenhaus. Noch am gleichen Abend kam es zu einer Protestdemonstration entlang der Priesterstraße (heute Karl-Liebknecht-Straße).
Am 19. November 1931 wurde Herbert Ritter auf dem Neuendorfer Friedhof in der Großbeerenstraße beigesetzt.

Anfang 1933 – nach der Machtergreifung Hitlers – wurde das Grab Herbert Ritters von den Faschisten geschändet und der Grabstein zerstört. Am 27. April 1974 wurde zu Ehren seines 60. Geburtstages ein neuer Grabstein eingeweiht. Im gleichen Jahr wurde zudem das ehemalige Rathaus von Babelsberg – das Kulturhaus „Herbert Ritter“ – nach ihm benannt. Bereits 1946 wurde die damalige Kirchstraße in Herbert-Ritter-Straße umbenannt.

Am 12. November 2010 wurde während des Gedenkens an seine Ermordung von Anhängern des SV Babelsberg 03 und Mitgliedern der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) die verschollen geglaubte Gedenktafel am Gebäude des Bildungszentrums der IHK Potsdam freigelegt (Foto). Sie befand sich unter dem Namensschild dieser Einrichtung.

1962 – Otto Meier verstorben



Otto Meier wurde am 3. Januar 1889 in Magdeburg geboren. Er trat 1911 in die SPD ein, wechselte 1917 zur USPD und wurde 1922 wieder Mitglied der SPD. Von 1921 bis 1933 war er Abgeordneter im Preußischen Landtag. Während der Naziherrschaft stand Meier mehrfach unter Polizeiaufsicht oder war in Haft.
Am 15. Juni 1945 nahm Meier an der Konstituierung des von Otto Grotewohl geleiteten Zentralausschusses der SPD teil und unterzeichnete den Aufruf zur Neugründung der SPD. Von 1945 bis 1946 war er Chefredakteur der SPD-Zeitung „Das Volk“. 1946 wählte der 40. Parteitag der SPD Meier als einen der 40 Vorstandsmitglieder der zukünftigen SED. Meier war Präsident des zweiten Brandenburgischen Landtagses.
Otto Meier starb am 10. April 1962 in Potsdam. Seine Urne wurde in der Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde in Berlin-Lichtenberg beigesetzt. Im Jahr 1959 wurde er Ehrenbürger der Stadt Potsdam.

1745 - Grundsteinlegung für das Schloss Sanssouci



Nachdem Friedrich der Große 1744 den Berg terrassieren ließ, wurde dort Wein angebaut. Oben auf dem Weinberg wollte er das Schloss im barocken Stil errichten lassen. Friedrich und Knobelsdorff waren vor der Erbauung in einem heftigen Streit. Denn der Baumeister wollte das Schloss unterkellern, Friedrich jedoch nicht. Dazu sollte das Schloss ebenerdig erbaut werden. Knobelsdorff beugte sich Friedrich und so wurde das Schloss nach seinen Wünschen errichtet. Und am 14. April fand die Grundsteinlegung für das Schloss Sanssouci statt.
Das Schloss Sanssouci wurde anschließend von 1745-1747 nach Ideen von König Friedrich II. und Plänen von Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff erbaut und bildet das Zentrum und Höhepunkt der gesamten Parkanlage. Der „Alte Fritz“ selbst lieferte dem Architekten einen Entwurf für sein Refugium. Wörtlich übersetzt bedeutet der französischsprachige Name des Orangerieschlosses „ohne Sorge“. Dieser Titel passt gut dazu, dass der preußische König das Lustschloss im Sommerhalbjahr – von Gästen abgesehen – alleine bewohnte. Seine Ehefrau Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern lebte derweil im Schloss Schönhausen bei Berlin. Es war eine Pflichtehe und keine Liebesheirat. In Potsdam ging der Preußenkönig seinen Regierungsgeschäften nach, aber musizierte auch und widmete sich der Philosophie. Der französische Philosoph Voltaire war so häufig Gast auf Schloss Sanssouci, dass ein Raum den Namen „Voltairezimmer“ erhielt.
Durch König Friedrich Wilhelm IV. erfolgte 1841 die bauliche Erweiterung des Schlosses Sanssouci um einen westlichen Hofdamenflügel und einen östlichen Seitenflügel für Küche und Weinkeller.

Nachhaltige Stadtentwicklung sieht anders aus



Am 10. März 2021 hat der Hauptausschuss mehrheitlich für einen Abriss des Staudenhofs in der Potsdamer Mitte votiert. Die endgültige Entscheidung trifft die Stadtverordnetenversammlung im Mai. DIE LINKE. Potsdam hält diese Entscheidung für falsch, erklären Stefan Wollenberg Fraktionsvorsitzender in der SVV und Roland Gehrmann, Kreisvorsitzender:
„Wir haben in dieser Frage eine klare Position: eine solche Entscheidung kann nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten getroffen werden. Hier müssen auch andere Faktoren eine Rolle spielen. Nach dem bereits erfolgten Kahlschlag in der Mitte, wäre es ein Gebot der Vernunft, den Staudenhof als letztes Zeugnis dieser Epoche unserer Stadtgeschichte zu erhalten und zu sanieren. Zumindest aber sollte man die Potsdamer*innen befragen, ob sie einen Abriss befürworten oder sich eine Sanierung wünschen. In so einer zentralen Frage und nach dem breit getragenen Bürgerbegehren zur Potsdamer Mitte wäre das das Mindeste. Aber auch die von uns geforderte Bürgerbefragung hat eine Mehrheit im Hauptausschuss abgelehnt.“, sagt Wollenberg.
„Der Abrissbeschluss ist ein Armutszeugnis und ein Zeichen gegen nachhaltige Stadtentwicklung. Erneut werden Millionen verpulvert, um sich weiter dem Bild der preußischen Residenzstadt anzunähern, das weder dem vielschichtigen kulturellen Erbe Potsdams, noch den Bedürfnissen seiner Bürger*innen gerecht wird.“, betont Gehrmann. „Die Pro Potsdam hatte bis zuletzt mit hohem Aufwand versucht darzulegen, warum der Abriss des Staudenhofes und ein Neubau für 40 Millionen Euro günstiger sein soll, als eine Sanierung für 18 Millionen Euro. Auch die Sicherung der Sozialbelegungsbindung auf 20 Jahre stellt keine nachhaltige Politik dar. Ich erwarte vom Oberbürgermeister, dass er den Potsdamer*innen die Chance gibt, selbst zu entscheiden!“

LINKE steht zur Gesamtschule Pappelallee

Mit Sorge sieht die Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung den Verwaltungsvorschlag für den neuen Schulentwicklungsplan. Der Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Bildungsausschusses, Stefan Wollenberg spricht sich gegen das beabsichtigte Vorgehen aus:
„Seit 2014 haben wir konsequent daran gearbeitet, in Potsdam Schulen für alle zu schaffen. Mit der beabsichtigten Gründung von gleich drei neuen Gymnasien wird dieser zukunftsweisende Ansatz ad absurdum geführt. Richtig ist, dass wir allen Kindern einen Abschluss in einem Bildungsgang ihrer Wahl ermöglichen wollen. Dafür ist die Gesamtschule prädestiniert – denn nur sie bietet alle Schulabschlüsse in einer Schulform an, im Hybridmodell sogar ein 12- und ein 13jähriges Abitur. Die Einrichtung der einzelnen Abschlusswege kann nur an den Gesamtschulen flexibel gesteuert werden. Gymnasien dagegen sind auf ein Modell festgelegt.
Auch ein Gymnasium in der Birnenplantage ist deshalb nur eine Notlösung aus unserer Sicht. Wir akzeptieren es, weil die Schulplätze gebraucht werden und der Standort nicht groß genug ist für eine andere Schulform. Den Standort Pappelallee umzuwidmen, ist dagegen in zweifacher Hinsicht widersinnig. Zum einen würden statt sechs Gesamtschulzügen nur vier Gymnasialzüge entstehen, zum anderen gehen wir ein erhebliches Versorgungsrisiko ein. Denn die bereits angekündigten Klagen gegen den geplanten Schulstandort Waldstadt-Süd könnten den Start der dortigen Gesamtschule stoppen.“

Ergebnisse aus dem Berliner Pilotprojekt Testing für Öffnung Potsdamer Kultur nutzen

In Berlin dürfen ab März Kultureinrichtungen im Rahmen eines Pilotprojekts im Zeitraum vom 19. März bis 4. April für getestetes Publikum öffnen. Die Senatsverwaltung für Kultur und Europa startet einen Testlauf für die Öffnung von Kultur- und Wirtschaftsveranstaltungen durch ein getestetes Publikum. Dieses Pilotprojekt findet in Kooperation der Senatsverwaltung für Kultur mit verschiedenen Berliner Kulturträgern und Einrichtungen statt. Die Erkenntnisse der Testdurchläufe werden Anfang April ausgewertet.
Tests ergänzen die bereits vorgegebenen Hygiene- und Schutzmaßnahmen der Veranstalter, im Besonderen die des Hygienerahmenkonzeptes der Senatsverwaltung für Kultur und Europa. Die mitwirkenden Künstlerinnen und Künstler sowie alle am Vorstellungsbetrieb Beteiligten werden im Rahmen der Hygienekonzepte der Institutionen ebenfalls getestet.
Ich bin auf die Auswertung der Ergebnisse gespannt und würde mich freuen, wenn die Potsdamer Verwaltung, in dem Fall, dass die Eindämmungsverordnung die Öffnung der Einrichtungen wieder erlaubt, dieses Pilotprojekt auch für die Potsdamer Kultur realisieren könnte.

Sascha Krämer

Mehr Frauen in Gremien

Die LINKE, als Partei mit einem klaren feministischen Anspruch, setzt sich auch in Potsdam dafür ein, die Kompetenz von Frauen stärker zu nutzen und die Mitwirkung von Frauen in Gremien zu erhöhen. Der Einsatz zeigt schon Erfolge. So ist zum Beispiel die Forderung aus dem Wahlprogramm, den Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Stadtverwaltung bis zur Hälfte zu erhöhen, schon nahezu erreicht.
An anderer Stelle gibt es dagegen eine aktuelle Baustelle. Wie gerade geschehen, sind in der letzten SVV drei neue Mitglieder in den Wirtschaftsrat Potsdam berufen worden – drei Männer. Auf kritische Nachfrage der Linksfraktion mussten der Oberbürgermeister und der Vorsitzende des Potsdamer Wirtschaftsrates und CDU-Fraktionsvorsitzende Götz Friedrich zugeben, dass sie trotz Suche und gezielter Ansprache keine Frau in einer Führungsposition für eine Mitwirkung im Wirtschaftsrat gewinnen konnten. Zwar erklärte der Oberbürgermeister, dass eine ausgeglichene Besetzung mit Frauen und Männern gewünscht bzw. angestrebt wird. Mit nur noch 9 Frauen von insgesamt 36 Mitgliedern ist der Wirtschaftsrat Potsdam davon aber weit entfernt.
Als Linksfraktion kritisieren wir einen elitären „Männerrat“. Wirtschaftskompetente Frauen in den Rat zu benennen, ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern führen auch zu mehr Vielfalt der vertretenden Sichtweisen und Kompetenzen. 2019 sind rund 41 % der Gewerbeanmeldungen in Potsdam von Frauen getätigt wurden, Tendenz steigend. Auch in der Kunst- und Kreativwirtschaft und als Geschäftsführerinnen sind viele Frauen erfolgreich tätig, und wir wollen sie fördern.
Die Linksfraktion plant daher, den OB zu beauftragen, ein umsetzbares Konzept vorzulegen, eine ausgewogene Verteilung der Geschlechter im Wirtschaftrat zu erreichen.

Dr. Anja Günther,
Stadtverordnete Die LINKE,
Mitglied im Ausschuss für
Stadtentwicklung, Bauen,
Wirtschaft und Entwicklung
des ländlichen Raumes

Armut in Deutschland: Zwei Millionen ohne warme Heizung

Langsam wird es wieder wärmer in Deutschland. Doch in den vergangenen Tagen bescherte eine Kältewelle gerade dem Norden der Republik. Um so wichtiger ist da eine funktionierende Heizung. Aber es sind nicht nur technische Probleme, die Menschen in ihren Wohnungen frieren lassen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilte, konnten zwei Millionen Menschen im Jahr 2019 ihre Wohnung als Geldmangel nicht angemessen heizen. Sprich: Sie mussten frieren, weil sie arm waren. Und das in einem der reichsten Länder Europas!
Alleinlebende und Haushalte von Alleinerziehenden waren am häufigsten betroffen. Besonders betroffen waren Alleinlebende und Alleinerziehende. Fast 5 Prozent der Alleinlebenden sowie 7 Prozent der Personen in Alleinerziehenden-Haushalten „konnten ihre Wohnung aus Geldmangel nicht angemessen heizen", meldet das Destatis. Zwar sind die Zahlen rückläufig, doch ist der Umstand, dass es immer noch Millionen sind, ist skandalös! Zumal in den Alleinerziehenden-Haushalten auch Kinder betroffen sind.

Energiearmut zum Thema machen!

Die Daten stammen aus dem EU-weiten Erhebung EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions). Sie erhebt Daten über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Europa und offenbart, wie erschreckend weit verbreitet die Armut gerade im Osten der EU ist. So waren 2019 rund 6,9 Prozent der EU-Bevölkerung finanziell nicht in der Lage, ihre Wohnungen angemessen zu heizen. Am häufigsten betraf das Menschen in Bulgarien. Hier gab fast ein Drittel der Befragten an, Wohnung oder Haus nicht adäquat heizen zu können. In Litauen waren es fast 27 Prozent und auf Zypern knapp 21 Prozent.



Kein Geld für eine warme Heizung
Foto: Julian Hochgesang/unsplash

„Der Grund dafür, dass über zwei Millionen Menschen im Winter frieren, muss beim Namen genannt werden: Wir haben es mit Energiearmut zu tun. Für eines der reichsten Länder der Welt ist diese stille Tragödie ein Armutszeugnis und das Ergebnis von unsozialer Politik und Wirtschaft. Wenn Hunderttausende wegen zu hoher Energiepreise, die auch durch eine ungerechte Lastenverteilung der Energiewende entstehen, ihre Wohnungen im Winter nicht warm bekommen, ist das eine Frage fehlender Klimagerechtigkeit", erklärt Lorenz Gösta Beutin, energie- und klimapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.
Deutschland muss endlich, wie von der EU beschlossen, eine eigene jährliche Statistik zu Energiearmut erstellen. "Es darf nicht sein, dass bei so viel von Energiearmut betroffenen Menschen hierzulande durch das Bundesamt für Statistik auf EU-Erhebungen zurückgegriffen werden muss", so Gösta Beutin weiter.
DIE LINKE fordert die Einführung von Energie-Sozialtarifen mit ökologischen Sparanreizen, ein gesetzliches Verbot von Energiesperren und eine sozial gerechte Energiewende. Ab 2021 droht durch die CO_2-Abgabe noch mehr Energiearmut, darum müssen diese Kosten voll von Vermietern und Immobilienwirtschaft getragen werden.

Fabian Lambeck

Das „nd" bleibt!



„Linker Tageszeitung Neues Deutschland droht die Auflösung", berichtete der Norddeutsche Rundfunk vor einer Woche. Diese und ähnliche Meldungen sorgten für einige Aufregung in der Partei und im Umfeld. Aber wie so oft – bei genauer Betrachtung stellen sich die Dinge doch gänzlich anders dar.
Um es klarzustellen: Nicht die Auflösung des "nd" steht zur Debatte – im Gegenteil. Es geht um die Weiterentwicklung und Weiterführung des "nd" als – wie es im Untertitel heißt – „unabhängiger sozialistischer Tageszeitung". Dabei geht es auch um die Frage, ob es für die Entwicklung des "nd" nicht besser ist, die Zeitung künftig in Form einer Genossenschaft zu führen und nicht wie bislang als GmbH. Für die Bildung einer Genossenschaft sprechen aus meiner Sicht eine Reihe von Gründen: Im Gefolge der Wende 1989 änderte "Neues Deutschland" seine Funktion. Es war nicht mehr länger das „Zentralorgan der SED". Es wurde zur „unabhängigen sozialistischen Tageszeitung" und die ND GmbH mit der PDS und dann der LINKEN als Gesellschafter wurde gegründet. Aber noch immer gilt das "nd" bei vielen nicht als unabhängig. Der Nimbus der „Parteizeitung" hält sich teilweise hartnäckig. Als Beleg dafür muss herhalten, dass DIE LINKE Gesellschafter der ND GmbH ist. So wurde das "nd" unlängst von der flächendeckenden Anzeigenschaltung des Bundesgesundheitsministeriums ausgeschlossen (und damit von wichtigen Einnahmen), weil es eine Parteizeitung sei. Aber auch in der LINKEN erlebe ich immer wieder, dass Genoss*innen sich über den einen oder anderen kritischen Artikel über die LINKE ärgern und dann die Frage stellen: „Wie kann es sein, dass die Zeitung so über die Partei schreibt, wo sie uns doch gehört?"

Es spricht einiges für die Genossenschaft

Es spricht also einiges dafür, als Konsequenz aus der redaktionellen Unabhängigkeit das "nd" künftig als Genossenschaft, als Mitarbeiter-geführtes Unternehmen zu führen und die Eigentümerstellung der Partei aufzugeben. Die Beispiele "taz" und "junge welt" zeigen, dass linke Tageszeitungen erfolgreich als Genossenschaft geführt werden können und weitere Unterstützer*innen als Genossenschaftsmitglieder gewonnen werden können.
Dabei ist klar: Eine solche Veränderung muss gründlich diskutiert werden. Sowohl mit der Belegschaft des "nd", als auch in der Partei. Sollte die Entscheidung für eine Genossenschaft fallen, braucht sie vernünftige Startbedingungen. Also eine ausreichende Anschubfinanzierung und vernünftige Rahmenbedingungen, entsprechende technische Infrastruktur und vieles mehr. Und selbstverständlich stehen wir als Partei zu unserer sozialen Verantwortung für die Beschäftigten des "nd"!

Linker Journalismus ist nicht umsonst

Weiterentwicklung des "nd" bedeutet auch mehr, als sich nur Gedanken über die Gesellschaftsform zu machen. Die Arbeit an neuen Medienformaten muss fortgeführt werden. Alle Printmedien stehen gegenwärtig unter erheblichem Druck. Abonnent*innenzahlen gehen zurück, die Digitalisierung erfordert neue Produkte und neue Bezahlmodelle. Mit nd.DIE WOCHE wurde ein neues Printformat geschaffen, neue digitale Newsletter mit nd.KOMPAKT und nd.MUCKEFUCK entwickelt, die Präsenz in den sozialen Medien ausgebaut – um nur einige Punkte zu nennen. Daran muss weitergearbeitet werden – denn wir wollen dass #ndbleibt. Und die beste Solidarität mit dem "nd" wäre, wenn möglichst viele Mitglieder der LINKEN, die noch kein Abo haben, sich dafür entscheiden. Denn linker Journalismus ist nicht umsonst...

Harald Wolf

Von gläsernen Decken und Männerclubs

Wenn in politischen Debatten die Rede von einer gläsernen Decke ist, geht es meist um den verwehrten Aufstieg von Frauen und anderen unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen in die Chefetagen der privaten und öffentlichen Unternehmen. Frau kann die Decke einfach nicht durchdringen, weil – so das Gleichnis – unsichtbare (Macht-)Strukturen sie daran hindern.



Diese Strukturen anzupacken, schreibt sich die Große Koalition nun bereits zum zweiten Mal innerhalb (politisch) kurzer Zeit auf die Fahnen und brachte den Gesetzentwurf zur „Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ ein. Damit soll korrigiert werden, was im ersten Anlauf 2015 nicht geglückt ist: Der Frauenanteil soll spürbar erhöht werden. Denn während die bereits eingeführte, verpflichtende 30 Prozent-Quote für börsennotierte und mitbestimmte Unternehmen durchaus gegriffen hat (Anstieg von 25 auf 35 Prozent) sind die Vorstände und anderen Leitungsebenen der meisten anderen Unternehmen noch regelrechte Männerclubs. Im Corona-Jahr 2020 war sogar ein geringer Rückgang des ohnehin niedrigen Frauenanteils zu verzeichnen. Die Bundesregierung will nun nachjustieren und tut dies, wie so oft, wenn es um die Regulierung von Unternehmen geht, mit Samthandschuhen, Marke extraweich: So werden die Aktien-Unternehmen zukünftig verpflichtet, mindestens eine Frau in den Vorstand zu berufen, sollte dieser mehr als drei Personen umfassen. Die Effekte hiervon dürften überschaubar sein, zumal sie gerade 75 Firmen betreffen. Die Münchner Rück AG hat beispielsweise einen neunköpfigen Vorstand mit genau einem weiblichen Mitglied. Das entspricht einer Quote von lächerlichen elf Prozent und trotzdem hat das neue Gesetz hier keinerlei Auswirkung. Genauso verpuffen wird ein Reförmchen, das sich an die kleineren Unternehmen richtet, welche bisher von einer strikten Quote ausgenommen sind. Sage und schreibe 75 Prozent dieser Unternehmen haben sich der sogenannten „Zielgröße Null“ verschrieben, planen also keine Frauen in die Vorstände aufzunehmen. Statt auch hier mit einer verbindlichen Regelung nachzusteuern, müssen diese Firmen fortan ihre Männerbünde lediglich begründen, dürfen sie aber fortführen. Wie es stattdessen gehen kann, zeigt unser Antrag. Anstelle von weichgespülten Mogelpackungen, fordern wir einen Frauen*-Anteil in Chefetagen, der ihrem Anteil in der Bevölkerung entspricht, also mindestens 50 Prozent. Verstöße müssen konsequent sanktioniert werden. Und vor allem braucht es auch eine Strategie wie in kleinen und mittelständischen Unternehmen für mehr Gleichstellung am Arbeitsplatz gesorgt wird. Denn natürlich werden die allermeisten Frauen* (und Männer*) nie ein Vorstandsbüro von innen sehen. Für echte Gleichstellung braucht es Maßnahmen in die Breite der Gesellschaft und keine Schaufensterpolitik zugunsten der oberen Zehntausend. Übrigens hat auch die Bundesregierung alles andere als eine weiße Weste, wenn es um die paritätische Besetzung von Führungspositionen geht. So sind derzeit gerade mal 37 Prozent der Leitungsfunktionen in Bundesbehörden weiblich besetzt. Noch immer gab es in 69 Jahren Bundesrepublik mehr Staatssekretäre namens Hans als weiblichen Geschlechts. Wie ernst es der GroKo um Gleichstellung angesichts dieser Zahlen wirklich ist, kann jede und jeder selbst beurteilen.

Norbert Müller (MdB)

Brandenburg und das Impfen – zwischen Chaos und Konzeptlosigkeit



Isabelle Vandre
Foto: Ben Gross

Vor knapp drei Monaten startete auch Brandenburg die Kampagne für die Corona – Schutzimpfungen. Allen war von Anfang an bewusst, dass die Rückerlangung des öffentlichen Lebens von ihrem Erfolg abhängen würde. Doch die Bilanz ist nach einem knappen viertel Jahr – gelinde ausgedrückt – ernüchternd. Die „Startschwierigkeiten“ sind zu Dauerproblemen geworden, die die Konzeptlosigkeit des Landes offenbaren.

Das Terminchaos

Schon als die ersten Impfzentren in Potsdam und Cottbus am 5. Januar ihre Arbeit aufnahmen, war die Hotline des Landes zur Vergabe der Impftermine komplett überlastet. Wer einen Termin vereinbaren wollte, musste z.T. dutzende Male anrufen, um überhaupt durchzukommen – nur um dann viel zu häufig zu hören, dass es aktuell leider keine freien Termin gäbe. Nicht einmal Wartelisten wurden erarbeitet, sodass immer wieder über entsorgte, oder außerhalb der Priorisierung der ständigen Impfkommission verimpfte Dosen berichtet wurde. Zwei komplette Monate vergeudete Brandenburg auf diese Weise, statt diejenigen, die nach der Priorisierung der ständigen Impfkommission an der Reihe sind, einfach direkt mit Terminvorschlägen zu kontaktieren.

Das Chaos der Impfzentren

Nach wie vor ist Brandenburg weit davon entfernt den über 80 Jährigen aus der Priorität 1 der Impfberechtigten ein wohnortnahes Impfangebot zu unterbreiten. Neben der Tatsache, dass Landkreise wie das Havelland bis heute kein eigenes Impfzentrum haben, stellt sich auch in den anderen Landkreise die Frage, wie ältere Menschen zu ihrem Termin kommen sollen. Es ist vollkommen offensichtlich, dass nur eine schnelle Ausweitung der Impfstrategie auf die Hausarztpraxen ihren Erfolg absichern kann. Ihre Bereitschaft dazu haben die Hausärzte in Brandenburg mehrheitlich bereits erklärt – das Land setzt jedoch bislang auf lediglich 43 Modellpraxen.

Das Organisationschaos

Verantwortlich für die Impfstrategie ist das durch die Grüne Ministerin Ursula Nonnemacher geführte Gesundheitsministerium. Dieses beauftragte jedoch für die Monate Januar und Februar die Beraterfirma Kienbaum für mehrere hunderttausende Euro mit der Umsetzung der Impfstrategie – anscheinend ohne jegliche Ausschreibung. Kurz nach Bekanntwerden dessen entzog der Ministerpräsident dem Gesundheitsministerium die Umsetzung der Impfstrategie und siedelte sie im durch die CDU geführten Innenministerium an.

Fazit

Durch ihr konzeptloses Agieren hat die Landesregierung in den vergangenen Monaten immensen Schaden angerichtet. Sie hat es verpasst durch eine gut vorbereitete Impfstrategie die am meisten durch Corona gefährdeten Menschen schnellstmöglich zu schützen. Und sie hat ein weiteres Mal das Vertrauen der Menschen in die Fähigkeit der Politik mit Krisen umgehen zu können, erschüttert. Sicherlich: der Verlauf einer Pandemie ist nicht planbar, die Impfung eines möglichst großen Anteils der Bevölkerung ist es hingegen schon.

Isabelle Vandre, MdL

Drehbuchautor Wolfgang Kohlhaase feierte 90. Geburtstag

Drehbuchautor und Brandenburger Kopf, Wolfgang Kohlhaase, ist am 13. März 2021 90 Jahre alt geworden. Bekannt u.a. durch Filme wie "Die Störenfriede" (1953), "Solo Sunny" (1979) und "Sommer vorm Balkon" (Regie Andreas Dresen, 2005) zählt er zu den profiliertesten deutschen Drehbuchautoren. Für sein Lebenswerk wurde er mehrfach ausgezeichnet. Das Filmmuseum widmet ihm eine neue Filmreihe - online und im Kino.

Bis heute sind seine Geschichten unvermindert sehens-, hörens-, lesenswert: alltäglich und poetisch, erschütternd und ermutigend, mit einer unverwechselbaren Sprache. In der Zusammenarbeit mit Regisseuren wie Gerhard Klein, Konrad Wolf und Andreas Dresen hat Wolfgang Kohlhaase herausragende und unvergessliche Filme geschaffen.

Das lange Leben von Kohlhaase ist von den Zeitläuften in Deutschland und Europa im 20. und 21. Jahrhundert geprägt. Er ist Zeitzeuge der Schrecken des Krieges und des Neuanfangs, der deutschen Teilung und Wiedervereinigung, der Freuden und Widrigkeiten des Alltagslebens in all der Zeit. Vieles davon hat er in seinem Werk künstlerisch umgesetzt und in den Babelsberger Studios in Filme verwandelt. Das Filmland Brandenburg ist von Kohlhaase mitgeprägt worden.



Wolfgang Kohlhaase und Andreas Dresen im Filmmuseum Potsdam Foto: Leopold

Wolfgang Kohlhaase – Filmreihe zum 90. Geburtstag
Filme online

15.3. – 14.4.2021
Die Störenfriede (R: Wolfgang Schleif, DDR 1953)
Berlin – Ecke Schönhauser (R: Gerhard Klein, DDR 1957)
Zeitzeugengespräch: Wolfgang Kohlhaase (PR: DEFA-Stiftung, D 2005)
15.4. – 14.5.2021
Sonntagsfahrer (R: Gerhard Klein, DDR 1963)
Mama, ich lebe (R: Konrad Wolf, DDR 1976)
15.5. – 14.6.2021
Solo Sunny (R: Konrad Wolf, DDR 1979)

Im Kino Filmmuseum
9.4. und 25.4., jeweils 19 Uhr
Der Bruch (R: Frank Beyer, DDR 1989)
3.4., 8.4., 17.4., 22.4., 30.4., jeweils 19 Uhr
Persischstunden (R: Vadim Perelman, Russland/D/Weißrussland 2020)

2.5. und 22.5., jeweils 19 Uhr
Sommer vorm Balkon (R: Andreas Dresen, D 2005)
Kartenreservierung: 0331-2718112, [ticket@filmmuseum-potsdam.de]

In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze .

Kulturland Brandenburg 2021 „Zukunft der Vergangenheit – Industriekultur in Bewegung“

INDUSTRIEKULTUR IN BEWEGUNG
2021 Zukunft der Vergangenheit
KULTURLAND BRANDENBURG

Der Begriff Industriekultur stand bisher hauptsächlich für die Auseinandersetzung mit der Kulturgeschichte und der Kulturlandschaft des Industriezeitalters. Kulturland Brandenburg wagt 2021 den Versuch eines Updates, bei dem es um eine industrielle Zukunftsperspektive gehen soll. Während die Industrie im traditionellen Gewand im Alltag der Menschen kaum mehr eine Rolle spielt, setzt sich die Industrialisierung mit beschleunigtem Tempo fort. Brandenburg ist schon längst zu einem Industrieland 4.0 geworden.

Mit dem Themenjahr 2021 setzt Kulturland Brandenburg kulturelle Impulse, denn nicht nur die Industrie steht für clevere Ideen und nachhaltige Konzepte. Die künstlerischen und kulturellen Projekte, die im gesamten Land umgesetzt werden, zeigen, wie kreativ, anpassungsfähig, interdisziplinär, stilbildend und identitätsstiftend die Kulturakteure und Kunstschaffenden in Brandenburg wirken können.

Ausführliche Informationen zum Programm finden Sie unter kulturland-brandenburg.de

Fanshop im „Karli“ als „Call & Meet“ wieder geöffnet



Nachdem das Land Brandenburg der Empfehlung der Bundesregierung zu Lockerungen im Einzelhandel gefolgt ist, darf unser Fanshop im Karli ab sofort wieder seine Türen öffnen. Auch wenn derzeit nur ein Haushalt gleichzeitig unter Wahrung der Hygieneregeln und mit Übermittlung seiner Personendaten die Verkaufsfläche betreten darf, freuen wir uns über jeden einzelnen Besuch im neu gestalteten Shop im Karli.

Damit ihr euer persönliches Shoppingerlebnis vollends genießen könnt, bitten wir euch um eine vorherige telefonische Terminabsprache unter 0331/7049813. Dabei steht euch ein 15-minütiges Zeitfenster zu unseren geänderten Öffnungszeiten dienstags und donnerstags zwischen 15 und 19 Uhr zur Verfügung. Um Warteschlangen zu vermeiden, bitten wir euch, maximal fünf Minuten vor eurem vereinbarten Termin am Karli zu sein und von unangemeldeten Besuchen abzusehen.

Kein Brandenburg-Tag, kein Brandenburger Sommerabend

Der Brandenburg-Tag wird aufgrund der Corona-Pandemie in diesem Jahr nicht stattfinden. Das hat das Kabinett am 23. März 2021 in Potsdam beschlossen. Zugleich wurde das Kuratorium beauftragt, einen Verfahrensvorschlag für den Ort und das Jahr des nächsten Landesfestes zu unterbreiten. Auch der traditionelle Brandenburger Sommerabend im Juni 2021 wurde abgesagt.

„Die Absagen der Landesfeste sind der Landesregierung nicht leichtgefallen – gerade auch mit Blick auf die engagierte Arbeit, die in Bernau schon in die Vorbereitung des BRANDENBURG-TAGs investiert wurde.", erklärt die Chefin der Staatskanzlei, Ministerin Kathrin Schneider. „Aber die Entwicklung der Pandemie lässt keine sichere Planung von Großveranstaltungen mit Tausenden Gästen im September zu. Das traditionelle Landesfest BRANDENBURG-TAG lebt davon, dass viele Menschen aus dem ganzen Land und ihre Gäste zusammenkommen, um zu feiern und miteinander Brandenburg zu erleben. Das können wir in diesem Jahr nicht sicher gewährleisten, auch wenn wir mit dem Impfen im Sommer einen wichtigen Schritt in Richtung Alltags-Normalität gehen werden."

Der Brandenburg-Tag 2021 war für den 3. bis 5. September unter dem Motto „Stadt Land Panke“ in Bernau geplant worden. In der Regel besuchen 80.000 bis 120.000 Gäste an einem Festwochenende die Veranstaltung. In der Landesgeschichte ist bislang erst einmal ein Brandenburg-Tag abgesagt worden, im Jahr des Oderhochwassers 1997.

Willi-Frohwein-Platz mit neuem Erscheinungsbild

Der Willi-Frohwein-Platz in Babelsberg ist ab sofort wieder zur Nutzung freigegeben. Der nach dem Auschwitz-Überlebenden Willi Frohwein benannte Platz wurde nach Entwürfen vom Landschaftsarchitekturbüro Gehrke, der Künstlerin Susanne Ahner und Ideen der Schüler des Bertha-von-Suttner-Gymnasiums neugestaltet.

Ziel war es, einen angemessenen Gedenkort zu schaffen, der die unterschiedlichen funktionellen Ansprüche (Wegeverbindungen, Veranstaltungen, Aufenthalt, Grünfläche) berücksichtigt.